

Wohin  
führen  
Sie?

Nr. 1

---

SCHRIFTENREIHE DER  
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG  
ÖSTERREICHS.

## WOHIN FÜHREN SIE ?

Wohin führt die SP, LP? Wohin führt die KP?

Ihrem Programm nach will die SP, LP den Sozialismus, die KP den Kommunismus. Jedes Programm an sich gibt nur ein Versprechen. Auf die Praxis kommt es an. Auf die Wirkungen der Praxis. Auf die Wirkungen für die Arbeiterschaft, für die Massen, für die Menschheit.

In welche Richtung bewegt sich die sozialdemokratische, labouristische, stalinistische Praxis? Bewegt sie sich in der Tat zum Sozialismus, zum Kommunismus? Oder bewegt sie sich anderswohin? Wohin tatsächlich führen SP, LP, KP?

Sprechen wir von SP, LP, so meinen wir auch die reformistische Gewerkschafts-Genossenschaftsbürokratie, die amerikanische inbegriffen. Sprechen wir von KP, so meinen wir auch die stalinistische Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Staats-, Wirtschaftsbürokratie.

### A) Wohin führt die SP?

Sie führe zum Sozialismus - sagt sie. Denn sie verwirkliche die Sozialisierung der entscheidenden Produktionsmittel durch deren fortschreitende Verstaatlichung. Sie verwandle sie - wie sie versichert - aus Produktionsmitteln, die einzelnen Kapitalisten oder einzelnen Kapitalistengruppen gehören, die sie zu ihrem privaten Vorteil verwenden, in Produktionsmittel, die der "Allgemeinheit" gehören, zu Gunsten der "Gesamtheit" verwendet werden.



## I. Die sozialdemokratische, labouristische Verstaatlichung

### 1.

In der Tat, SP, LP verstaatlichen wichtige Industrien. Sie überführen sie aus dem Eigentum privater Kapitalisten, Kapitalistengruppen, (Aktien-gesellschaften und dergl.) in das Eigentum des kapitalistischen Staates. Der Form, dem äusseren Schein nach gehören die verstaatlichten Produktionsmittel der "Volksgesamtheit", faktisch jedoch bringt die Verstaatlichung sie in das Eigentum der Kapitalisten als Klasse.

Die sozialdemokratische, labouristische Verstaatlichung "übersieht", "überspringt" das Wichtigste: nämlich den kapitalistischen Klassencharakter des Bourgeoisstaates, der bürgerlich bleibt, auch wenn er bürgerlich-demokratisch organisiert ist.

England, Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Oesterreich usw sind kapitalistische Staaten. Ihr Staatsapparat wurde von der Bourgeoisie aufgebaut. Seiner Zusammensetzung nach entspricht er den kapitalistischen Klasseninteressen. Der Umstand, dass sozialdemokratische Minister in der Bourgeoisregierung sitzen wie in Oesterreich, oder sogar allein den Bourgeoisstaat regieren als Labourregierung in England, ändert nicht die den kapitalistischen Klasseninteressen entsprechende Struktur der bürgerlichen Staatsmaschine. Die Noske, Eldersch, Deutsch & Co stimmten, die Morrison, Moch, Helmer & Co stimmen nicht in allen Fragen mit der Bourgeoisie überein. Doch in den ka-

pitalistischen Grundfragen waren, sind sie dieser durchaus verlässlich, und deshalb und nur deshalb werden sie, in für die Bourgeoisie kritischen Lagen Minister der Regierung des Bourgeoisstaates. Was das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln betrifft, fordern SP, LP beileibe nicht dessen Beseitigung, sondern nur eine Änderung der Form dieses Eigentums. Was die kapitalistische Staatsmaschine betrifft, so verlangen sie keineswegs deren Liquidierung, sondern sie wollen nur mit dabei sein, mitarbeiten, ein Glied sein dieses Apparats des kapitalistischen Beherrschens, Niederhaltens der Massen. Die sozialdemokratischen, labouristischen Bundespräsidenten, Minister, Gesandten, Generäle, Bezirkshauptleute, Richter, Verwaltungsbeamte ändern dem Wesen nach nicht die kapitalistische Klassennatur des Ausbeuterstaates.

Verstaatlicht wurde schon vor vielen Jahrzehnten. Zum Beispiel, die von privaten Aktiengesellschaften gegründeten Eisenbahnen. Jetzt wird verstaatlicht zusammen mit der SP, LP, oder durch diese allein. Das ist nach mancher untergeordneter Hinsicht nicht ohne Belang. An der entscheidenden Frage des kapitalistischen Charakters dieses Eigentums ändert das aber garnichts.

Sozialdemokratische, labouristische Verstaatlichung schafft Eigentum des Bourgeoisstaates, ist k a p i t a l i s t i s c h e Verstaatlichung. Sie stärkt den Bourgeoisstaat, also die Kapitalistenklasse! Sie ist kein Weg zum Sozialismus, sondern das G e g e n t e i l davon!

2.

Was für ein Spezialapparat verwaltet die verstaatlichte Industrie? Es ist seiner Klassenzusammensetzung nach der gleiche Verwaltungsapparat, wie ihn jedes andere kapitalistische Unternehmen hat. In England hat die LP sogar die alten kapitalistischen Direktoren beibehalten. Dass Waldbrunner an der Spitze steht, dass er sein Dutzend oder mehr Sozialdemokraten darin untergebracht hat, ändert nicht den, dem Wesen nach, kapitalistischen Klassencharakter des speziellen Verwaltungsapparats der verstaatlichten Betriebe. Ueber die Produktion der Staatsbetriebe, über Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, darin bestimmt ihr kapitalistischer Verwaltungsapparat im Rahmen der Gesetze des kapitalistischen Staates.

3.

Die Zusammenfassung ganzer Wirtschaftszweige durch den Bourgeoisstaat ist eine höhere Stufe der kapitalistischen Zentralisation, Konzentration, die nach Ueberwindung der ersten Anlaufschwierigkeiten sich den weniger zentralisierten, konzentrierten Stufen der kapitalistischen Produktion überlegen erweist. Das nennt die SP jubelnd: "In der Tat, die verstaatlichten Betriebe steigern ihre Produktion und liefern wachsende Reinerträge." Diese Tatsachen bestreiten wir keineswegs, aber wir bestreiten ganz und gar, dass die kapitalistische Verstaatlichung auch nur einen Millimeter vor-

wärts zum Sozialismus führe, wie SP, LP vorgeben. Wir bestreiten, dass sie der "Allgemeinheit", wir bestreiten, dass sie den ausgebeuteten Massen, dieser riesigen Volksmehrheit, dient.

Ja, die kapitalistische Verstaatlichung schafft - gegen den Willen der Bourgeoisie, gegen den Willen der sozialdemokratischen, labouristischen Verstaatlicher! - Voraussetzungen des Sozialismus. Sie erleichtert der Arbeiterklasse, nachdem sie an der Spitze der ausgebeuteten Massen, dieser gewaltigen Volksmehrheit, die proletarischdemokratische Macht und Kontrolle aufgerichtet, das Verwirklichen des Sozialismus. Gerade um diese allerentscheidendste Frage drückt sich die SP, LP. Sie will sozialisieren, - ohne die Machtfrage zu lösen, ohne den Klassencharakter des Staates grundlegend zu ändern: sie will die Arbeiter, die Massen vom Kapitalismus befreien, den Kapitalismus beseitigen, den Sozialismus verwirklichen - in Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, bei tatsächlicher Aufrechterhaltung der Klassenmacht der Bourgeoisie!...

Verstaatlichen, und vom kapitalistischen Klassencharakter des Staates schweigen; Verstaatlichung ohne die Machtfrage zu lösen; verstaatlichen ohne die volle Kontrolle der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger über Staat und Wirtschaft, unter Führung der Arbeiterklasse, zu verwirklichen, heisst, den Massen Sand in die Augen streuen, heisst der Kapitalistenklasse in die Hände arbeiten, heisst die Bourgeoisie

stärken, das Proletariat zu schwächen.

Und dennoch, die Kapitalistenklasse ist in der Regel gegen die kapitalistische Verstaatlichung. Weshalb? Die unmittelbar betroffenen kapitalistischen Schichten sind dagegen, wie sie gegen jede überlegene kapitalistische Konkurrenz sind. Im Grunde aber ist die gesamte Bourgeoisie gegen die kapitalistische Verstaatlichung, die ganze Industrien umfasst und grossen Umfang annimmt. Obwohl dadurch die kapitalistische Klassenmacht verstärkt wird, ist sie dagegen. Denn es erleichtert einen entscheidenden Wandel im Bewusstsein der Arbeiterklasse, der Massen, mit all den revolutionären Folgen, die sich daraus ergeben.

Kapitalistische Verstaatlichung auf grosser Stufenleiter macht den Arbeitern, den Massen immer deutlicher, immer krasser sichtbar, dass es nicht ankommt auf die formale Zusammenfassung der Produktionsmittel durch den kapitalistischen Staat, sondern dass es ankommt auf das tatsächliche Verfügen, auf die tatsächliche Kontrolle über die entscheidenden Produktionsmittel durch die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse; dass sie zuerst ihre proletarischdemokratische Macht aufrichten müssen, damit sie dann ihre tatsächliche Kontrolle, tatsächliche Verfügung verwirklichen können, verwirklichen.

Die Impotenz, der Schwindelcharak-

ter der SP, LP besteht vom proletarischen Klassenstandpunkt gerade darin, dass sie der Machtfrage aus dem Wege gehen, den Massen vorspiegeln, dass sie zum Sozialismus führen ohne die Bourgeoisie zu stürzen, ja gerade im Gegenteil in Zusammenarbeit mit der Ausbeuterklasse. Doch diese hat eine viel schärfere Nase als ihre "sozialistischen" Lakaion: sie weiss sehr wohl, dass alles, was eine grundlegende Klärung des B e w u s s t s e i n s der Massen erleichtert, tödliche Gefahr ist für die kapitalistische Herrschaft, Wirtschaft. Gerade deshalb ist die gesamte Kapitalistenklasse gegen die Politik der fortschreitenden, immer weiter ausgreifenden kapitalistischen Verstaatlichung.

4.

Die staatlichen Industrien bedeuten "Konkurrenzzfähigkeit", "billige" Produktion, schreibt die Arbeiter-Zeitung (22.5.50) - Konkurrenzzfähigkeit durch Verbilligung der Produktion.

Wodurch wird diese Verbilligung erzielt? Durch (kapitalistische) Rationalisierung. Diese ist "nicht gleichbedeutend mit vermehrter Ausbeutung, Antreiberei" versichert die AZ (15.1.50). Nationalrat Hillegeist dagegen spricht offen: "Wir haben den Mut, unseren Anhängern zu sagen, dass wir (das sind die Ausgebeuteten) mehr arbeiten müssen, wenn wir besser leben wollen (AZ 1.4.50). Dies wagt Hillegeist in dieser Gesellschaft auszusprechen, in der die Kapitalisten immer weniger arbeiten und dennoch immer besser verdienen, essen, leben..."

Nein, sagt Gewerkschaftspräsident Böhm, wir wollen rationalisieren durch "Modernisierung der Ausrüstung unserer Industrie" (AZ 3.6.50, Bericht über den Kongress der Metall- und Bergarbeiter).

Das heisst: SP, LP suchen den P r o - f i t der Staatsbetriebe zu erhöhen durch vermehrte Produktion relativen Mehrwerts. So nennt Marx den durch Verwendung verbesserter Produktionsmittel erzielten Mehrwert. Betrügerisch versichern sie, dieses "Rationalisieren" bedeute kein Erhöhen der Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten. Das G e g e n t e i l ist wahr; durch Verbessern der Produktionsmittel wird die zur Erzeugung so und so vieler Produkte notwendig gesellschaftliche Arbeit verringert, die im weitesten Sinn, direkt oder indirekt, in den Konsum der Arbeiterklasse eingehen. Dadurch wird der der Mehrarbeit dienende Teil des Arbeitstages immer grösser, der Mehrwert, die Ausbeutung, der Profit wird gesteigert.

Kapitalistisches Rationalisieren bedeutet - auf Kosten der Massen! - verbilligtes Produzieren. Bedeutet, dieselbe Wertmasse, eine grössere Produktionsmasse mit weniger Arbeit herstellen. "Arbeit sparen", so und so viel Arbeitskraft "überflüssig machen". Kapitalistisches Rationalisieren führt notwendigerweise, früher oder später, zur Arbeitslosigkeit! Die AZ belügt, betrügt Euch, denn am 23. 12. 49 hatte sie den Mut zu schreiben, dass wir (die Bourgeoisie mit Hilfe der SP) heute rationalisieren müssen, "um die Arbeitslosigkeit abzuwehren".

Woher also stammt die wachsende Produktion der verstaatlichten Industrien?

Sie ist das Ergebnis - g e s t e i g e r -  
t e r A u s b e u t u n g der Arbeiter,  
Angestellten, niedern Beamten !

Woher stammt der wachsende P r o -  
f i t der verstaatlichten Industrien?  
Er ist das Resultat g e s t e i g e r -  
t e r A u s b e u t u n g der Arbeiter,  
Angestellten, niedern Beamten !

Wem gehört der wachsende Profit der  
Staatsbetriebe? Wer verfügt darüber?  
Der kapitalistische Staat, also letzten  
Endes die Gesamtheit der Kapitali-  
sten als Klasse. Es ist Verstaatlichung  
letzten Endes zu Gunsten der Ausbeuter -  
klasse ! Ganz und gar nicht zu Gunsten  
der "Allgemeinheit", der "Volks-gesamtheit",  
wie LP, SP verspiegeln, und schon gar  
nicht zu Gunsten der ausgebeuteten Mas-  
sen.

Die Privatindustrie wird nach pri-  
vatem Gesichtspunkt, die Staatsindustrie  
nach gesellschaftlichem Gesichtspunkt ge-  
leitet, erklärt Julius Deutsch (Was wol-  
len die Sozialisten?, 1949, S.107). Das  
ist unwahr. Die Privatbetriebe werden  
geleitet nach den Interessen privater  
Kapitalisten, Kapitalistengruppen -  
die Staatsbetriebe werden geleitet nach  
den Interessen der gesamten Kapitalisten  
als Klasse, also ganz und gar nicht nach  
den Interessen der gesamten Gesellschaft,  
und schon gar nicht nach dem Interesse  
der ausgebeuteten Massen, dieser unge-  
heuren Mehrheit der Gesellschaft.

Die verstaatlichten Industrien arbei-  
ten für den P r o f i t ! Nicht für den  
Profit einzelner Kapitalisten, Kapitali-  
stengruppen, aber für den Profit der ge-  
samten Kapitalisten als Klasse !



In Labourenghand wurden die von der Verstaatlichung betroffenen Ausbeuter, Ausbeutergruppen von der LP und ihrer Regierung - auf Kosten der Massen - hoch entschädigt. In Oesterreich wurden die aus dem "deutschen Eigentum" übernommenen Unternehmungen, Betriebe ohne Entschädigung verstaatlicht. In seinem im Parteauftrag geschriebenen Buch (was wollen die Sozialisten? 1949) schweigt J. Deutsch über die Frage der Entschädigung bei der Verstaatlichung: die SP lässt sich die Hände offen, beim Fortsetzen ihrer Verstaatlichungspolitik die betroffenen Kapitalisten - auf Kosten der Massen - zu entschädigen...

Aber, sagen SP, LP: wir verstaatlichen, um die Planwirtschaft durchzuführen. Indem wir Verstaatlichung, Planwirtschaft kombinieren, eben dadurch verwandeln wir den Kapitalismus fortschreitend in Sozialismus. Schauen wir uns das näher an.

## II. Die sozialdemokratische, labouristische "Planwirtschaft"

1. Der Kapitalismus als Produktionssystem setzte an die Stelle der zersplitterten Handwerksmeister die Manufakturen, die Fabriken. Verglichen mit den tausenden kleinen Webermeistern, die die Textilfabrik liquidierte, war sie - nach innen - (kapitalistische) Planung. Doch umso schärfer wurde der Konkurrenzkampf zwischen den Textilfabriken. Die Anarchie der Textilindustrie wurde verengt - aber die Anarchie der Wirtschaft wurde vertieft. Dasselbe durch die in anderen Wirtschaftssektoren entstandenen Fabriken.

2. Auf einer gewissen Höhe führt der

kapitalistische Konkurrenzkampf zur Bildung von Aktiengesellschaften. So und so viele selbständige Fabriken wurden zu einer Aktiengesellschaft zusammengefasst, die so und so viele schwächere Unternehmen nieder konkurrierte. Innerhalb jeder Aktiengesellschaft wurde die (kapitalistische) Planung verbessert, aber der Konkurrenzkampf zwischen den Aktiengesellschaften wurde schärfer. In jeder Aktiengesellschaft wurde die Anarchie verengt, zugleich aber die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft vertieft.

3. Auf noch höherer Stufe führte der Konkurrenzkampf zur Zusammenfassung so und so vieler Aktiengesellschaften zu Kartellen, schliesslich zu Trusts, die immer mehr ganze Wirtschaftszweige zu umfassen begannen. Innerhalb jedes Trusts machte die (kapitalistische) Planung grosse Schritte vorwärts. Desto schärfer wurde der Konkurrenzkampf der Trusts gegen die Aussenseiter und erst recht untereinander.

4. Schliesslich führt der Konkurrenzkampf zur staatlichen Zusammenfassung von Trusts, Aktiengesellschaften, Grossunternehmungen auf dem Wege der kapitalistischen Verstaatlichung auf grosser Stufenleiter. Innerhalb jeder zusammengeballten Staatswirtschaft macht die kapitalistische Planung gewaltige Schritte vorwärts. Zugleich wird gerade dadurch der Konkurrenzkampf, vor allem international, verschärft. Die kapitalistische Anarchie wird dadurch nicht abgeschwächt, geschweige denn beseitigt, im Gegenteil: der Spielraum der Wirtschaftsanarchie im Masstab des Einzelstaates wird verkleinert, desto mehr aber wird dadurch die Wirtschaftsanarchie vertieft

zwischen den Staatswirtschaften, im Weltmasstab.

5. Internationale Kartelle, Trusts, suchen die wachsenden Schwierigkeiten zu meistern. Soweit sie zustande kommen, verbessern sie in ihrem Innenbereich die kapitalistische Planung - vertiefen aber erst recht den Konkurrenzkampf zwischen den internationalen Kartellen, Trusts, steigern also die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

6. Die mächtigsten Nationalbourgeoisien suchen das schliesslich zu überwinden durch imperialistischen Krieg: durch Liquidierung des proletarischen Staates, Liquidierung so und so vieler kapitalistischer Konkurrenzstaaten. Soweit das gelingt, führt das wieder zu erhöhter kapitalistischer Planung nach innen wie in USA, England, zu verschärftem Konkurrenzkampf nach aussen, zu gesteigerter Anarchie der kapitalistischen Weltwirtschaft und zu neuem, verstärktem Streben, diese Anarchie durch Wirtschaftskrise, imperialistischen Krieg für eine gewisse Zeit, wenigstens für die Sieger in diesem Kampf, zu überwinden. Siehe die erste Weltwirtschaftskrise und den 2. imperialistischen Weltkrieg, in dessen Entscheidungsphase wir eben einzutreten beginnen.

Der dem Kapitalismus immanente Konkurrenzkampf treibt die kapitalistische Zentralisation, Konzentration immer weiter vor. Diese ihrerseits führen zu gesteigerter (kapitalistischer) Planung in jeder von fortschreitenden kapitalistischen Zentralisations-, Konzentrationsprozess erfassten Wirtschaftssphäre, indem sie zugleich den

Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Wirtschaftssphären vertiefen, also die Anarchie des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems steigern.

Von Planwirtschaft auf dem Boden des Kapitalismus sprechen, heisst die Massen betrogen. Wirkliche Planwirtschaft bedarf als Vorbedingung, - damit die überhaupt erst begonnen werden kann! - die politische und wirtschaftliche Liquidierung des kapitalistischen Ausbeutungssystems!

Die sozialdemokratische, labouristische "Planwirtschaft" besteht gerade darin, dass sie zwar im Innenbereich der verstaatlichten Wirtschaft die (kapitalistische) Planung verbessert, dadurch aber - ob sie will oder nicht will - sich desto mehr verstrickt in die durch sie so gesteigerte, verschärfte Anarchie der kapitalistischen Weltwirtschaft.

So wenig die stufenweise Verbesserung der (kapitalistischen) Planung in der Textilfabrik, in der Aktiengesellschaft, im Kartell, Trust Planwirtschaft ist, sondern nur verbesserte (Profit-)Planung ist im Rahmen der damit zwangsläufig Hand in Hand gehenden verschärften Anarchie der kapitalistischen Gesamtwirtschaft, so wenig ist die verbesserte (kapitalistische) Planung innerhalb der durch SP, LP verstaatlichten Wirtschaft Planwirtschaft. Sie ist vielmehr das gerade Gegenteil davon: sie ist verbesserte kapitalistische Planung im Innern der Staatswirtschaft im Rahmen der durch sie gesteigerten kapitalistischen Weltkonkurrenz, Weltanarchie.

Die sozialdemokratische, labouristische Planung hat mit wirklicher Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun, wohl aber trägt sie bei zum Steigern der Anarchie der kapitalistischen Gesamtwirtschaft.

Planwirtschaft, die es tatsächlich ist, setzt voraus, die Beseitigung des kapitalistischen Systems, politisch und wirtschaftlich. Sie kann daher vollendet werden nur im Weltmassstab. Begonnen aber kann sie werden bereits im Landesmassstab, doch dies unter der Grundbedingung, dass Politik und Landeswirtschaft konsequent geführt werden auf der Grundlinie des Kampfes für den Weltsozialismus, anders ausgedrückt: des Proletarischen Internationalismus; nicht der Phrase nach, nicht als Schwindel a la Stalin, sondern als wirklich auf der Linie der den Arbeitern, Angestellten, niedern Beamten aller Länder dauernd gemeinsamen Interessen sich bewegende Praxis. Davon ist bei SP, LP keine Spur: sie sind nationalistische Parteien.

Es gibt keine sozialdemokratische, labouristische Planwirtschaft und kann sie nicht geben. Warum nicht? Weil Planwirtschaft überhaupt erst beginnen kann, nachdem die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, diese gewaltige Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie gestürzt und ihre proletarischdemokratische Macht aufgerichtet haben. SP, LP wollen "Planwirtschaft" in Zusammenarbeit mit der Ausbeuterklasse, wollen "Planwirtschaft" bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenmacht. Folglich können und wollen sie sich nicht lösen von der kapitalistischen Planung, Anarchie, Ausbeutung, Unterdrückung.

Was die SP, LP Planwirtschaft nennen, ist im besten Fall planwirtschaftliche Selbsttäuschung der verräterischen, durch

und durch nationalistischen, selbstsüchtigen, sozialdemokratischen, labouristischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Arbeiterbürokratie, dem Ergebnis nach aber planwirtschaftlicher, planmässiger Betrug an den Massen.

Die Kombination der sozialdemokratischen, labouristischen Verstaatlichung mit der sozialdemokratischen, labouristischen "Planwirtschaft" ist ganz gewöhnliche kapitalistische Zentralisation, Konzentration, verknüpft mit verbesserter (kapitalistischer) Planung nach innen, wobei zwangsläufig die Wirtschaftsanarchie nach aussen gesteigert wird. Vergeblich bemühen sich die kapitalistischen Lakaien, den sich verschärfenden Widersprüchen des Kapitalismus zu entgehen.

Ihr kapitalistisches Handeln geben SP, LP den Massen aus als "Weg zum Sozialismus". Sie betreiben so die Geschäfte der Ausbeuterklasse, wofür sie von dieser erklecklichen Judaslohn beziehen - auf Kosten der Massen.

### III. Der sozialdemokratische, labouristische Sozialstaat

Indem sie die Massen mit der Illusion einlullen, die (kapitalistische) Verstaatlichung, Planung führe zum Sozialismus, erleichtern es SP, LP der Ausbeuterklasse, dem Ausbeuterstaat, der Ausbeuterwirtschaft weiter zu behaupten. Zugleich arbeiten sie daran, dem System der kapitalistischen Ausbeutung, Unterdrückung das Leben noch mehr zu verlängern, indem sie es den Massen erträglicher machen durch "Wirtschaftsdemokratie" und (kapitalistische) Sozialpolitik. Die



Kombination all dieser das Profitsystem, den Profitstaat konservierenden Massnahmen propagieren SP, LP unter der pharisäischen Losung des "Sozialstaats" des "Staates der sozialen Demokratie", den die Bourgeoisie den Massen als "Wohlfahrtsstaat" präsentiert.

### 1. Die "Wirtschafts-demokratie".

"Verstaatlichung ohne politische und wirtschaftliche Demokratie ist nicht sozialistisch", verkündet der SP-Theoretiker Czernetz (Die Zukunft, Juni 1950). Er hatte recht: kapitalistische Verstaatlichung ohne politische und wirtschaftliche Bourgeoisdemokratie ist nicht sozialistisch. Doch so meint er es nicht, er will den Massen vielmehr einreden: (kapitalistische) Verstaatlichung verbunden mit politischer und wirtschaftlicher (Bourgeois) demokratie sei sozialistisch...

Im demokratischen Bourgeoisstaat lässt die Ausbeuterklasse die Ausgebeuteten politisch "mitreden" - was dem Wesen nach an der Tatsache nichts ändert, dass selbst im bürgerlichdemokratischsten Staat die kapitalistische Macht nach wie vor in den Händen der Kapitalistenklasse bleibt. Nun, SP, LP verlangen, dass die Ausgebeuteten auch in der Bourgeoiswirtschaft von der Ausbeuterklasse zum wirtschaftlichen "Mitreden", zum Mitreden im Betrieb, in der Wirtschaft zugelassen werden. Das ist die berühmte "Wirtschaftsdemokratie".

Die Arbeiter, Angestellten sollen danach das Recht bekommen, den Unternehmern "Anregungen" zu geben, wie das

Ausbeuten, die Profitproduktion noch wirksamer zu gestalten als bisher. Sie sollen das Recht haben, "mitzuberaten", "mitzuwirken", mit den Ausbeutern "zusammenzuberaaten", "zusammenzuwirken", wie Produktionsertrag, Ausbeutung, Profit noch mehr gesteigert werden können, sollen, als bisher. Ja, manchmal versteigen sich SP, LP sogar zu der Losung, dass die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten zusammen mit den Ausbeutern "mitbestimmen" sollen, wie die Ausbeutung noch besser durchzuführen, der Profit noch ergiebiger zum Fliessen gebracht werden sollen, als bisher.

Der grosse "Arbeiterfreund" Böhm, Präsident des Gewerkschaftsbundes, erläuterte das Wesen der "Wirtschaftsdemokratie" auf dem Kongress der Berg- und Metallarbeiter wie folgt: die Rationalisierung (das ist die gesteigerte Ausbeutung) sollen "gemeinsam mit den Arbeitern" durchgeführt werden. Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften, Betriebsleitung und Betriebsrat sollen zusammenwirken, um eine Steigerung der Produktion (lies: des Profits) durchzuführen, die die Arbeiterschaft nicht übermässig belastet" (AZ 3.6.50) - also sie je-  
denfalls belastet.

Du kannst die Katze werfen wie Du willst, sie fällt auf die Beine. Du kannst die Worte wechseln, kannst diese oder jene Paragraphen drochseln, alle "Wirtschaftsdemokratie" lässt die E n t-  
s c h e i d u n g beim Unternehmer, bei der Ausbeuterklasse. Die wirtschaftsdemokratischen Ausschüsse sind im besten Fall paritätisch zusammengesetzt. Die eine Hälfte bilden die Unternehmer, ihre Betriebsleiter - die andre Hälfte bilden



die Vertreter der Arbeiter (wir wollen sogar annehmen: frei gewählte, von ihnen jederzeit absetzbare, ersetzbare) und dann sind oft auch Gewerkschafts-"vertreter" dabei, das heisst Gewerkschaftsbürokraten, die den Ausbeutern in Wirklichkeit in die Hände arbeiten. Auch davon wollen wir hier abschen. Beschlüsse kommen nur zustande, wenn sich beide Teile einigen. Damit allein ~~sind~~ schon sind die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten dem Wesen nach erledigt: denn der Kapitalist, die kapitalistische Gruppe, der kapitalistische Staat bestimmen über die Produktion, über die Drosselung der Produktion, über Kurzarbeit, Entlassungen usw., sie sind Eigentümer der Produktionsmittel, der kapitalistische Staatsapparat ist ihr Instrument.

Gewöhnlich wird diese "Parität" überbrückt durch einen "unparteiischen" Vorsitzenden, irgendeinen Verwaltungsbeamten, Richter, Professor des - kapitalistischen Staates. In den entscheidenden Fragen haben also die Ausbeuter mit Hilfe des "Unparteiischen" von vornherein das Übergewicht sicher. Das ist die berühmte "Wirtschaftsdemokratie", die den Arbeitern, Angestellten, niedern Beamten vorschwindelt, dass sie sie zusammen mit den Ausbeutern zu "Herren der Betriebe, der Wirtschaft" mache.

In Wirklichkeit dient die "Wirtschaftsdemokratie" dazu, es der Ausbeuterklasse zu erleichtern, die Ausbeuterwirtschaft, Profitwirtschaft möglichst lang ungestört fortzusetzen, weiter zu behaupten und dafür nicht nur die Muskeln, sondern sogar die Willenskraft, Geisteskraft, Erfindungsgabe der Ausbeuteten aufs Äusserste einzuspinnen.

Dieser ihnen so ergiebige Spass kostet die Profitmacher nur jene Beutel von Judassilberlingen, die sie auf verschiedenen Wegen der verräterischen Arbeiterbürokratie der SP, LP zukommen lassen - was sie aus der "wirtschaftsdemokratisch" gesteigerten Ausbeutung mehr als hereinbringen.

Um die Arbeiter leichter für die "Wirtschaftsdemokratie" einzufangen, wird der Betrug oft verbunden mit dem Trick der "Gewinnbeteiligung". Manchmal bedeutet das auch die Beteiligung an Geschäftsverlusten....Aber auch ohne das ist der "Gewinnanteil", den die Arbeiter so erhalten, nur Teil ihres Lohnes, den sie - soweit er ein höheres Einkommen darstellt - durch gesteigerte Arbeitsleistung wettmachen, ja mehr als wettmachen müssen. Dazu kommt, dass alle (kapitalistische) "Gewinnbeteiligung" nicht vor Kurzarbeit, Entlassung, Arbeitslosigkeit schützt...

Das ist die eine Seite der "sozialen (B o u r g e o i s) Demokratie". Sehen wir uns nun die andre Seite an.

## 2. Die (kapitalistische) Sozialpolitik

"Die österreichische Arbeiterschaft - in Wirklichkeit: die Arbeiterbürokratie! - hat niemals sozialpolitische Forderungen ohne Rücksicht auf die Lage der (kapitalistischen) Wirtschaft erhoben", so erklärt feierlich die AZ (13.4.50). Die SP, LP erhebt sozialpolitische Forderungen immer nur unter Berücksichtigung der "Lage der (kapitalistischen) Wirtschaft", das heisst: nur im Rahmen des Profits! Sozialpolitische Forderungen ja, - aber der Profit, die Konkurrenzfähigkeit

der Ausbeuterklasse darf dadurch nicht gefährdet werden - so schaut die Sozialpolitik der SP, LP aus. Es ist k a - p i t a l i s t i s c h e Sozialpolitik!

Nicht das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse, sondern die Konkurrenzfähigkeit, der Profit der Kapitalistenklasse ist das oberste Gesetz dieser angeblich "sozialistischen" Partei. So schauen sie aus, diese Parteien des "humanitären Sozialismus"!...

Sie treiben kapitalistische Sozialpolitik, das heißt, solche Sozialpolitik, die die Tatsache der kapitalistischen Ausbeutung nicht ändert, den Profit nicht gefährdet, sondern vermehrte, die Bourgeoisie nicht schwächt, sondern stärkt!

Die sozialdemokratische, labouristische Sozialpolitik ist Sozialpolitik unter Verzicht auf den Sturz der Bourgeoisie, unter Verzicht auf die Errichtung der proletarischdemokratischen Macht der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse, diesem einzigen Weg, der zum Sozialismus führt.

Die sozialdemokratische, labouristische Sozialpolitik ist ein glänzendes Geschäft für die Bourgeoisie, nach dreifacher Richtung:

- a) Wer zahlt die Kosten der (kapitalistischen) Sozialpolitik? Ein Teil der Kosten wird den Ausgebeuteten direkt vom Lohn abgezogen, in Form von Beiträgen. Einen zweiten Teil leistet der bürgerliche Staat, der das durch Steuern usw. von den Ausgebeuteten wieder hereinbringt. Den dritten Teil leisten die Unternehmer. Ihre Sozialbeiträge bilden in Wirklichkeit einen Teil des Lohns, (Soziallohn), den sie im Preis ihrer Ware wieder hereinholen. Auch die Sozial-

beiträge der Unternehmer werden schliesslich aus der Millionenmasse der Ausgebeuteten herausgeholt.

Die Ausgebeuteten selbst tragen die Kosten der (kapitalistischen) Sozialpolitik. Dennoch sind die Unternehmer gegen die Sozialpolitik. Manchen Unternehmern fällt das Überwälzen der Kosten der Sozialpolitik auf die Massen schwerer als andern. Grundsätzlich sind die Kapitalisten als Klasse gegen die (kapitalistische) Sozialpolitik. Denn, verbunden mit konsequentem Kampf für den Sturz der Bourgeoisie, für die Herrschaft und Wirtschaft der proletarischen Demokratie, für den Weltsozialismus wird selbst der Kampf für sozialpolitische Verbesserungen, seien sie noch so klein, der Bourgeoisie gefährlich. Nur wenn sie - in kritischer Lage - mit sozialpolitischen Zugeständnissen grössere Gefahr - sei es auch nur zeitweilig - bannen kann, ist sie zu solchen Konzessionen zu haben; ~~xx~~ denn Zeit, in kritischer Lage, gewinnen, bedeutet für die Ausbeuterklasse, oft alles gewinnen.

b) Erst der Übergang von der schrankenlosen kapitalistischen Ausbeutung zur kapitalistischen Sozialpolitik ermöglichte es der Ausbeuterklasse die primitiven Methoden der extensiven Ausbeutung (insbesondere durch massloses Verlängern der Arbeitszeit) zu ersetzen durch immer vorgeschrittenere, immer wirksamere Methoden der intensiven Ausbeutung, die immer grösseren Mehrwert, Profit liefern.

c) Schliesslich ist die kapitalistische Sozialpolitik eines der wirksamsten Mittel der Ausbeuterpolitik (und der Politik ihrer "sozialistischen" Lakaien),

"aufgeregte" Massen zu "beruhigen", einzulullen, einzuschläfern. In Zeiten sozialer Gärung, insbesondere akuter sozialer Krise greift die Bourgeoisie zu sozialpolitischen Rezepten und bedient sich ihrer "sozialistischen" Sanitätsgehilfen, um die Massen damit zu benebeln, vom Weg des konsequenten Kampfes gegen die Kapitalisten abzubringen.

Hat der "sozialistische" Mohr seine Schuldigkeit zur Genüge erfüllt, hat er die Masse mit diesen Rezepten (nötigenfalls mit anderen Rezepten, genannt (kapitalistische) Reformen) benebelt, zersetzt, dann gibt die Ausbeuterklasse ihrem "sozialistischen" Mohren den Fusstritt, beseitigt wieder einen mehr oder minder grossen Teil der sozialpolitischen Konzessionen und tritt die Massen noch gründlicher in die Tiefe.-

Sind wir etwa gegen die Sozialpolitik? Keineswegs! Wir sind für jede, aber auch die kleinste sozialpolitische Verbesserung, für den Kampf dafür. Was wir ablehnen, das sind die sozialpolitischen Illusionen. Wir sagen den Arbeitern: Kampf für den Ausbau der Sozialpolitik! Aber wir sagen ihnen zugleich: Vergesst nicht, dass keine Sozialpolitik die Tatsache eurer Lohnsklaverei aus der Welt schafft! Verknüpft daher den Kampf für jede sozialpolitische Verbesserung immer mit dem Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft, Wirtschaft, für die Errichtung der Herrschaft, Wirtschaft der proletarischen Demokratie! Erst durch den vollen Sieg in diesem Kampf öffnet Ihr Euch die Bahn zum Aufbau des Sozialismus, den Weg nicht nur zu fortschreitendem Verbessern der Sozialpolitik, der Arbeitsbedingungen, sondern auch und vor allem zur vollen Beseitigung eurer Lohnsklaverei, zu menschenwürdigem, gesichertem Leben, zu Freiheit, fortschreitendem Aufstieg

zusammen mit allen Ausgebeuteten, schliesslich zusammen mit allen Menschen überhaupt!

#### IV. Die "Entwicklung zur gebundenen Wirtschaft".

"Keine Rückkehr zum Kapitalismus der Vorkriegszeit" (Was wollen die Sozialisten?, Julius Deutsch, 1949, S.100). "Die Entwicklung zur gebundenen Wirtschaft vollzieht sich mit einer inneren Gesetzmässigkeit" (ebenda, S.109/110). Gemeint ist die staatlich gebundene Wirtschaft, gebunden für die kapitalistische Konkurrenzfähigkeit, für den Profit.

Die (kapitalistische) Verstaatlichung verknüpft mit (kapitalistischer) "Planwirtschaft" solle zunächst die Schlüsselindustrien umfassen. Daneben solle die (kapitalistische) Privatwirtschaft zunächst weiter bestehen. Später soll auch sie verstaatlicht, in die (Bourgeois)staatliche "Planwirtschaft" einbezogen werden.

In der Tat, in diese Richtung treiben SP, LP die "Entwicklung". Sie führen so nicht zum Sozialismus, wohl aber zum s t a a t s m o n o p o l i s t i - s c h e n Kapitalismus.

Sie wollen Schluss machen mit dem "Kapitalismus der Vorkriegszeit", keineswegs jedoch mit dem Kapitalismus überhaupt! Sie wollen den staatlich organisierten Kapitalismus, der die ganze Wirtschaft im Staatsmasstab umfassen soll.

An die Stelle der anarchischen Ausbeutung wollen sie setzen die staatlich planmässig organisierte Ausbeutung. An die Stelle der Ausbeutung durch private Kapitalisten, Kapitalistengruppen wollen sie



setzen die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse, planwirtschaftlich organisiert, ausgeführt vermittelt des kapitalistischen Staates. Das geben sie aus als "Planwirtschaft" als "Weg zum Sozialismus", das spiegeln vor als "freiheitlichen Sozialismus"!...

Wir haben gesehen, dass sie staatsmonopolistische Wirtschaft verbesserte (kapitalistische) Planung im Staatsmasstab ermöglicht, bei Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den monopolistischen Wirtschaften der verschiedenen Staaten, bei Verschärfung der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie im Weltmasstab.

1.

Wie jede kapitalistische Zentralisation, Konzentration, so bedeutet auch die von der SP, LP systematisch betriebene "Entwicklung" zur "gebundenen Wirtschaft", das ist zur staatsmonopolistischen Bourgeoiswirtschaft gesteigerte Ausbeutung: eine immer mehr gesteigerte Ausbeutung. Die "Entwicklung zur gebundenen Wirtschaft" vollzieht sich - unter aktivem Hebammiendienst der SP, LP - auf Kosten der Massen. In der "gebundenen Wirtschaft" würden die Massen erst recht die Kosten der kapitalistischen "Höherentwicklung" zu tragen haben, sie würden zur höheren Ehre des Profits der Ausbeuterklasse noch tiefer und immer tiefer gedrückt werden in Not, Elend, Barbarei.

Mit (kapitalistischer) Sozialpolitik und der "Wirtschaftsdemokratie" suchen die SP, LP die Hoffnungen der Massen zu beleben, aufrechtzuerhalten.

So lange die Bourgeoisie die SP, LP zum "Beruhigen" Einlullen der Massen braucht,

hilft sie der SP, LP indem sie bis zu einem gewissen Grad Konzessionen einräumt, die die verräterische Arbeiterbürokratie braucht, um den Massen Sand in die Augen zu streuen und die Judaspolitik fortzusetzen.

Hat der Lakai seine Schuldigkeit getan, hat er die Massen genügend verwirrt, geschwächt, dann beginnt die Bourgeoisie sich seiner zu entledigen. Zuerst drückt sie ihn aus der Bourgeoisregierung, unter Umständen sogar aus der offenen Bourgeoiskoalition. Was den Lakai nicht hindert, auch ausserhalb der Bourgeoisregierung, auch ausserhalb der offenen Bourgeoiskoalition seine Politik des Verrates an der Arbeiterklasse, an den Massen tatsächlich weiter fortzusetzen, in der Tat weiter der Bourgeoisie in die Hände zu arbeiten, weiter für die Koalition mit der Ausbeuterklasse zu kämpfen.

## II.

Den Notleidenden kleinbürgerlichen Massen kann geholfen werden nur auf Kosten der Kapitalistenklasse. Diese Hilfe erwartend, hatten die armen Mittelmassen neuerlich sich der Arbeiterklasse zugewendet, die sie in Oesterreich mit der SP, in England mit der LP identifizieren.

Die sozialdemokratische, labouristische Politik dient dem Profit, dient - auf Kosten der unteren und der mittleren Massen - der Bourgeoisie. Folglich muss diese Politik nach einer gewissen Zeit immer wieder führen und führt sie in der Tat zur Enttäuschung immer breiterer Schichten der Mittelmassen. Durch die Schuld der verräterischen Politik dieser Parteien beginnen sich die armen Mittelmassen von der Arbeiterklasse wegzuwenden und der Bourgeoisie zuzuwenden, von der sie nun Hilfe - auf Kosten der Arbeiterklasse - erwarten...



3.

So, durch die Schuld von SP, LP samt ihrer Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie, durch ihre Verratspolitik, durch ihre Politik der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind, durch ihre nationalistische Politik bekommt die kapitalistische Konterrevolution, ja ihre äusserste Form, die faschistische Gegenrevolution, neuen Auftrieb.

4.

So, durch ihre Verratspolitik, durch ihre Politik der Koalition mit der Ausbeuterklasse, durch ihre nationalistische Politik, ebnen SP, LP der Weltbourgeoisie die Bahn zum imperialistischen Krieg. Dem ausgebrochenen imperialistischen Krieg machen sie die Mauer, mit derselben Verratspolitik, die mit heuchlerischen Friedensphrasen tarnen.

5.

So war es nach 1918, heute wiederholen SP,LP den Verrat.

Immer wieder betonen sie, dass sie für den "Kampf" sind "unter Führung der Arbeiterklasse". Sie lügen, betrügen! "Es handelt sich nicht darum, die engeren wirtschaftlichen Interessen einer Gruppe - und sei es auch die grösste (nämlich die Arbeiterklasse) - zu verfechten" (Was wollen die Sozialisten? J. Deutsch, S.113) - sie kämpfen nicht für die Arbeiterklasse, sie kämpfen für die "Volks-gesamtheit": sie unterordnen, opfern die Interessen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger dem Profit, der

Ausbeuterklasse. Und lassen sich dafür von dieser durch einflussreiche, angesehene Posten mit beträchtlichem Einkommen und allen möglichen sonstigen grossen Vorteilen für sich und ihre Sippschaft von Karrieristen entlohnen,

Sie verfechten überhaupt nicht die Klasseninteressen der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, sondern sie verfechten nur diese oder jene Teilinteressen, um dadurch die Massen zu ködern, einzufangen, hinter sich zu halten und sie - gegen Judaslohn für die verräterische Arbeiterbürokratie - immer wieder der Ausbeuterklasse auszuliefern. Sie führen nicht zum Sozialismus - sie führen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Sie führen nicht aufwärts, nicht zu höherer Lebenshaltung, Kultur, Freiheit der Millionenmassen - sie führen, gegen Judaslohn, abwärts, immer tiefer abwärts, in Massennot, Barbarei, nur dem Profit, die Kapitalistenklasse, die heben sie, auf Kosten der Massen, immer höher!

Das jedenfalls sind die Auswirkungen der Politik der SP, LP für die Massen. Mit welchen Absichten immer diese Parteien ihren Verrat an den Massen betreiben, diese sind immer wieder die zwangsläufigen Ergebnisse ihrer Politik: sie stärken die Bourgeoisie - sie schwächen das Proletariat! Jeder denkende Arbeiter muss diese ausschlaggebende Gesamtwirkung der sozialdemokratischen, labouristischen Gesamtpolitik erkennen. Darnach muss er die SP, LP beurteilen.

Vor 100 Jahren schrieb Marx über die damalige sozialdemokratische Partei: "Jedenfalls geht der (kleinbürgerliche)

Demokrat ebenso makellos aus der schmachlichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neu gewonnenen Überzeugung, dass er siegen muss, nicht dass er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufgeben, sondern umgekehrt, dass die Verhältnisse ihm entgegenzureifen haben" (K. Marx: Der 18. Brumaire, 1852).

Fehler, selbst grosse Fehler können der ehrlichsten, ernstesten Arbeiterpartei unterlaufen. Aber sie muss daraus lernen. SP, LP samt ihrer Gewerkschafts-, Genossenschaftsbürokratie jedoch setzen dieselbe Politik, womit sie die Arbeiterklasse in allergrössten Katastrophen geführt haben, weiter fort. Sie schieben die Schuld immer wieder auf jemand anderen, letzten Endes auf die Massen, niemals auf die Verratspolitik der SP, LP, niemals auf ihre Politik der Koalition mit dem Klassenfeind, niemals auf ihre nationalistische Politik; sie sind unheilbare Parteien des Arbeiterverrats.

Sie sind Parteien der entarteten Arbeiterbürokratie zum politischen Ausschmarotzen der Kampfkraft der Arbeitermassen zu Gunsten dieser Schicht. Ihr politischer Parasitismus muss sich immer wieder auswirken und wirkt sich in der Tat aus zum Schaden des Proletariats, immer wieder zu Gunsten der Bourgeoisie.

#### B. Wohin führt die KP ?

Sie führe zum Kommunismus - sagt sie. Denn sie verwirkliche die Vollsozialisierung der entscheidenden Produktionsmittel durch Verstaatlichung im sozialistischen Staat.

## I. Die stalinistische Verstaatlichung

### 1. In Stalinrussland

In der Tat, die Stalinbürokratie verstaatlicht, entschädigungslos sogar, die gesamte Wirtschaft. Sie überführt die entscheidenden Produktionsmittel tatsächlich in das Eigentum des Staates. Was für eines Staates?

Die SU wurde durch die siegreiche proletarischdemokratische Revolution im Oktober 1917 begründet. Sie wurde begründet als proletarischdemokratischer Staat.

Der durch den Sieg der proletarischen Revolution gegründete Staat kann nur durch kapitalistische Gegenrevolution, durch deren Sieg im offenen bewaffneten Kampf der Klassen, in einen kapitalistischen rückverwandelt werden. So weit ist es in Stalinrussland trotz alledem und alledem noch nicht.

Die Stalinbürokratie hat sich jeder politischen und wirtschaftlichen Kontrolle der Arbeiter und armen Bauern entledigt. Sie hat die proletarische Demokratie beseitigt. Dadurch hat sie die proletarische Klassenmacht in der SU aufs Äusserste untergraben und untergräbt sie immer mehr.

Die gewaltige Zentralisation und Konzentration der Produktionsmittel ermöglicht ein bedeutendes Steigern der Produktion. Stalinrussland vollzieht das auf Kosten der Arbeiter und armen Bauern. Die Früchte der wachsenden Produktion zieht die Stalinbürokratie immer mehr an sich. Legal, indem sie sich sehr hohe Gehälter bewilligt und sehr grosse Privilegien aller Art sichert. Illegal, indem sie immer grössere Teile des Produktionsertrages durch

Veruntreuung, Betrug, Diebstahl an sich bringt. Sie sind ungetreue Verwalter, die ihre Stellung in dem durch sie entarteten Arbeiterstaat zu ihrem wachsenden selbstsüchtigen Vorteil missbrauchen.

Stalinrussland ist kein sozialistischer Staat: es gibt dort keine proletarische Demokratie, keine proletarischdemokratische Kontrolle der Staatsverwaltung, Wirtschaftsverwaltung durch die Arbeiter und armen Bauern, es gibt dort keine proletarische Demokratie in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei. Es gibt dort keinen wirklichen Arbeiter- und Kleinbauernrat, in den die Arbeiter und armen Bauern frei ihre Delegierten wählen, die sie jederzeit abberufen und durch neue Delegierte ihres Vertrauens ersetzen können, und der die Regierung, den Staatsapparat, Wirtschaftsapparat tatsächlich kontrolliert, ihnen die Linie ihres Handelns vorschreibt.

Wenn und solange die Arbeiter und armen Bauern kraft ihres Vertrauens wollen, müssen sie das Recht haben, auch sozialdemokratische, labouristische und dergleichen Delegierte in den Sowjet zu entsenden. Die proletarische Demokratie - obwohl sie die sozialdemokratische, labouristische Politik grundsätzlich verwirft - lässt im Rahmen ihrer Gesetze die legale politische Betätigung der SP, LP und ähnlicher Parteien (der Stalinpartei inbegriffen) im proletarischdemokratischen Staat der Arbeiter und armen Bauern bewusst zu. Es ist Aufgabe der proletarischen Demokratie, durch ihre richtige Politik die Arbeiter und armen Bauern an der Hand ihrer eigenen Erfahrungen zu überzeugen, dass die Politik dieser Parteien objektiv, das ist ihren zwangsläufigen Wirkungen nach, nicht dem Proletariat sondern der Bourgeoisie, nicht dem Sozialismus sondern dem Kapitalismus dient. Stalinrussland lässt nicht nur nicht die kleinbürgerlichen Vertreter der Massen nach Art der SP, LP, sondern



sogar die proletarisch-klassenmässigen Vertreter der Massen nicht in den Sowjet zu, verfolgt sie samt und sonders mit Konzentrationslager und direktem Mord.

Durch ihre zwangsläufigen Wirkungen stärkt die stalinsche Gesamtpolitik immer wieder die kapitalistischen Tendenzen in der SU, während sie die sozialistischen Tendenzen immer mehr schwächt. Nicht absichtlich, aber tatsächlich fördert sie immer mehr das Entstehen neuer kapitalistischer Elemente, das Herausbilden einer neuen russischen Bourgeoisie in der Stalinbürokratie und um sie herum. Sie bringt so den durch ihre Schuld immer mehr entarteten Arbeiterstaat immer näher an den Abgrund. Sie bereitet den Boden vor für die kapitalistische Gegenrevolution, für einen neuen, für den staatmonopolistischen Kapitalismus in Russland.

Da es keine proletarische Demokratie in Stalinrussland gibt, haben die russischen Arbeiter und armen Bauern keine Kontrolle, keine Verfügung über die Produktionsmittel.

Da es keine proletarische Demokratie in Stalinrussland gibt, haben die russischen Arbeiter und armen Bauern nichts vom wachsenden Produktionsertrag. Vielmehr reisst die Stalinbürokratie, dieser ungetreue Verwalter, immer grössere Stücke davon an sich. Sie drückt den Reallohn, die Lebenshaltung, die gesamte Lage der Arbeiter und armen Bauern immer tiefer.

Um das durchzusetzen, bedient sich die Stalinbürokratie solcher Mittel wie Entlassung, Entzug der Wohnung, Entzug der Rationierungskarte, Gefängnis, Zwangsarbeitslager, überhaupt Terror gegen die Arbeiter und armen Bauern.

## 2. In den "Volksdemokratien".

Nicht durch siegreiche proletarische Revolution, sondern durch g e g e n r e v o l u t i o n ä r e , militärischbürokratische Aktion des Stalinregimes wurden sie geschaffen, indem die Anläufe der dortigen Massen zur proletarischen Revolution bewusst, gewaltsam vom Kreml unterdrückt wurden. Die "Volksdemokratien" sind keine proletarischen Staaten, sondern sind bürgerliche, entartete bürgerliche Staaten, in denen die alte Bourgeoisie entmachtete, enteignet wurde. An ihre Stelle setzte die Stalinbürokratie sich selbst und ihre Kreaturen. Terror kombiniert mit Korruption auf Riesenstufenleiter, das sind die Hebel der "volksdemokratischen" Politik des Kremls, Terror und Korruption in erster Linie gegen die Arbeiter und armen Bauern.

Das Ziel dieser Politik ist : die Anpassung und zwangsweise Angliederung an Stalinrussland, staatlich und wirtschaftlich, zu Nutz und Frommen der stalinbürokratischen Revolutionsparasiten, Emporkömmlinge.

Auch in den "Volksdemokratien" gibt es keine proletarische Demokratie, keine proletarischdemokratische Kontrolle: weder in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei, noch in Staat, Wirtschaft.

Auch in den "Volksdemokratien" werden die Arbeiter und armen Bauern nicht nur entrechtet, sondern auch geschunden, immer mehr geschunden, immer tiefer gedrückt, zu Nutz und Frommen der stalinbürokratischen Revolutionsschmarotzer.

Die "Volksdemokratien" sind nicht sozialistische, sondern entartete kapitalistische Staaten, in denen die alte Bourgeoisie zwar entmachtete, enteignet ist, aber durch

die Auswirkungen der "volksdemokratischen" Politik der Boden für eine neue Kapitalistenklasse bereitet wird, die in der Stalinbürokratie und um sie herum bereits im Herausbilden begriffen ist.

### 3. In Tito-Jugoslawien

Die Titobürokratie steht in scharfem nationalen Gegensatz zur Stalinbürokratie, infolge dessen auch zu den "Volksdemokratien". Auf sich allein und viel schwächer als der Kraml, muss das Titoregime den Rückhalt der Massen mehr suchen und ihnen daher bis zu einem gewissen Grad - durch mehr oder minder grosse S c h e i n m a s s e n - entgegenkommen.

Entscheidend ist:

a) Tito-Jugoslawien ist nicht aus einer siegreichen proletarischen Revolution entstanden. Deren Entfalten haben vielmehr Stalin- und Titobürokratie gemeinsam unterdrückt. Es ist entstanden aus dem siegreichen nationalrevolutionären Freiheitskampf gegen den ausländischen nazistischen Unterdrücker,. Der Teil der Bourgeoisie, der mit den ausländischen nazistischen Eindringlingen, Unterdrückern zusammenhing, wurde entmachteter, enteignet. Neue kapitalistische Elemente beginnen sich in Tito-Jugoslawien zu entwickeln. Dieser Prozess ist - wie auch in den "Volksdemokratien" - im allerersten Anfang. Die Gesamtauswirkungen der titoistischen Gesamtpolitik führen - trotz der entgegengesetzten Absicht der Titobürokratie - in die Richtung zu einem modern kapitalistischen Jugoslawien. Das ist die objektive geschichtliche Rolle der Titobürokratie (dieselbe Rolle, die die Stalinbürokratie objektiv in den "Volksdemokratien" erfüllt).



b) Von einer proletarischen Demokratie, proletarischdemokratischer Kontrolle in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei, Staat Wirtschaft ist in Tito-Jugoslawien keine Spur.

Daran wird nichts geändert durch die angekündigte Reform, die "den Betriebsräten die Leitung der Betriebe anvertrauen soll". Es ist keine Rede von einer freien Wahl der Betriebsräte durch die Belegschaft. Es ist keine Rede von jederzeitiger Absetzbarkeit und Ersetzbarkeit der Betriebsräte durch die Belegschaft. Das entscheidende Wort in den Betrieben behält nach wie vor die Titobürokratie.

Es besteht eine Nationalversammlung, aber kein Arbeiter- und Kleinbauernrat. Es gibt keine wie immer geartete politische Kontrolle des Titoregimes, der Titoverwaltung in Staat und Wirtschaft durch die jugoslawischen Arbeiter und armen Bauern. Es besteht der Schwindel des Nationalkomitees ("Volkskomitees"), die nichts sind als Vollzugsorgane der Titobürokratie. Es gibt keine von den Arbeitern und armen Bauern frei gewählten, von ihnen jederzeit abberufbare, ersetzbare Delegierten. Es gibt keinen Arbeiter- und Kleinbauernrat, dem die Titoregierung verantwortlich wäre, der durch seine Beschlüsse der Regierung, der Staats- und Wirtschaftsverwaltung die Linie des Handelns bestimmt.

c) Die Arbeitsanspannung der jugoslawischen Arbeiter und armen Bauern wurde aufs Äusserste gesteigert und wird immer mehr gesteigert. Ihre Lebenshaltung bleibt dahinter weit zurück. Der wirtschaftliche Aufbau wird vollzogen auf Kosten der Arbeiter und armen Bauern.

Man darf sich nicht täuschen lassen durch die titoistische Fassade, hinter der die Titobürokratie - nicht absichtlich, aber tat-

sächlich - den Aufbau des kommenden modern-kapitalistischen Jugoslawien betreibt. Man darf nicht nach den antistalinistischen und "sozialistischen" Worten, sondern muss nach den zwangsläufigen Wirkungen der Titopolitik urteilen. Es ist in der Grundlinie dieselbe Politik, wie sie Stalin betreibt: es ist die Politik des "Sozialismus in einem Land", national-kommunistische Politik, n a t i o - n a l i s t i s c h e Politik. Allerdings jugoslawischnationalistische Politik zum Unterschied von der russischnationalistischen Politik des Kreml. Hier liegt die Wurzel des Konfliktes Tito - Stalin: Die Titobürokratie könnte sich gegen die jugoslawischen Massen nicht behaupten. Mit diesen, die sich vom Kreml nicht unterjochen, aussaugen lassen wollen, muss sie zusammengehen, um sich weiter zu halten. Nicht um die Klassnarbeiter der Arbeiter, nicht um den Sozialismus geht es den Emporkömmlingen. Sondern wie der Stalinbürokratie, geht es auch der Titobürokratie vor allem um das Behaupten ihrer eigenen Macht, Pfründen, Privilegien.

## II. Die stalinsche "Planwirtschaft"

Ein Sechstel der Erde umfasst die Sowjetwirtschaft, mit ungeheuren, noch unerschlossenen Naturreichtümern. Im Masstab dieses Riesentrusts kann die Planung viel weiter gehen, viel weiter ausgreifen als in Oesterreich und selbst in England. Dass die russischen Produktivkräfte, die russische Produktion vormarschieren, ist in bedeutendem Masse diesem Planen zuzuschreiben - trotz der ungeheuren Schwächen, die dem stalinschen "Planen" anhaften.

### 1.

Es ist Planen "innerhalb eines Landes",

nationalrussisches, nationalistisches Planen. Der Kroml will eine autarko Russlandwirtschaft organisieren. Er vermeint, das ohne die Weltwirtschaft leisten zu können, weil Russland so gross und über so gewaltige Naturschätze verfügt. Allein die Weltwirtschaft ist nicht nur eine quantitative, sondern vor allem eine qualitative, auf tatsächlicher Zusammenarbeit, tatsächlicher Arbeitsteilung aufgebaut: Weltwirtschaftseinheit. Kein Land kann sich davon ohne schwersten Nachteil absondern, sei es noch so gross, erst recht nicht ein zurückgebliebenes Land.

Von der Stalinbürokratie russischnationalistisch geführt, vermag der entartete Arbeiterstaat sein Entfallen im weltwirtschaftlichen Zusammenhang nicht zu erkämpfen: weil er die dazu unumgänglich notwendige, entscheidende Kampfkraft, die Weltarbeiterklasse, durch eben diese Politik zwangsläufig immer wieder schwächt und eben dadurch die Weltbourgeoisie immer wieder stärkt, es ihr erleichtert, die wirtschaftliche Entwicklung der SU wesentlich zu erschweren, aufzuhalten.

## 2.

Dieselbe Ursache zieht eine überaus schwerwiegende politische Wirkung nach sich, die sich ihrerseits ökonomisch verhängnisvoll auswirkt. Mit seinem russischen National-"kommunismus" verzichtet der Kroml auf die Hauptwaffe zum Schutz gegen die Weltbourgeoisie. Er verzichtet auf den proletarischen Internationalismus, den er im Gegenteil bekämpft.

Die Stalinbürokratie betrachtet, behandelt das Weltproletariat nur als Objekt, das sie bewusst, planmässig für die nationalistischen Interessen Russlands ausnützt, das heisst letzten Endes für die selbst-

süchtigen Macht- und Pfründeninteressen der stalinbürokratischen Revolutionsparasiten, Emporkömmlinge politisch ausschmarotzt, Gerade in dieser Riesengauerei, in diesem Riesenverrat besteht die "volksdemokratische Weltrevolution". Durch diese Verratspolitik wird die Weltarbeiterklasse, wird diese für die Verteidigung des (entarteten) Arbeiterstaates ausschlaggebende Kraft im Verhältnis zur Weltbourgeoisie immer wieder geschwächt, immer wieder in schwerste Niederlagen, Katastrophen geführt.

Den so durch ihn verschuldeten ungeheuren Kraftverlust sucht der Kraml zu ersetzen durch den Aufbau einer immer größeren militärisch - bürokratischen Kraft, Gerade d a s h a l b zwingt die Stalinbürokratie ihr Planen in die unheilvolle Richtung, dass sie einem bei weitem zu grossen Teil der Gesamtproduktion der Schwerindustrie, der Rüstungsindustrie widmet - unter dauernder Vernachlässigung der ernstesten, unumgänglichsten Lebens- und Kulturbedürfnisse der Millionenmasse der russischen Arbeiter und armen Bauern.

Das verursacht weiterwirkend tiefe, wachsende Unzufriedenheit, ja Gärung unter den russischen Massen. Das wieder brast ihre Arbeitsfreude, also den wirtschaftlichen Aufschwung. Das brast ihren kulturellen Aufstieg, verlangsamt bedeutend die Qualifizierung ihrer Arbeitskraft und eben dadurch wieder das Entfalten der Wirtschaft, insbesondere in qualitativer Beziehung. All das zusammen schwächt die Kampfkraft der russischen Massen, schwächt ihre Kraft zur Verteidigung der SU gegen den Weltimperialismus.

### 3.

Um die tief unzufriedenen, gärenden Mil-

lionenmassen dennoch in Schach, fest in den Zügeln zu halten, eben dazu hat die Stalinbürokratie ihre bürokratische Diktatur aufgerichtet. / Sie hat jede proletarischdemokratische Kontrolle beseitigt, sie hat die proletarische Demokratie überhaupt beseitigt, in Betrieb, Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei, Staat, Wirtschaft.

Dadurch erstickt sie das kostbare Gut der Initiative der russischen Arbeiter und armen Bauern. Nur unter Zwang arbeiten sie, Mehr oder weniger grosse Köder veranlassen Einzelne, die Stachanowisten, sich zu hohen individuellen Leistungen vorwärts zu reissen, wobei ihre Arbeitskraft überspannt, überanstrengt, ruiniert wird und die erzielten Leistungen qualitativ hinter den Erfordernissen weit zurückbleiben.

Kein Zwang, keine noch so grossen Köder jedoch vermögen die selbsttätige, sich wechselseitig anfeuernde, begeisterte Initiative der Massen hervorzuzaubern, die einzig und allein dem fruchtbaren Mutterboden der proletarischen Demokratie entwächst, entsprosst: aus der Tatsache, dass die Massen selbst den Produktionsprozess, dessen wichtigstes Glied sie als menschliche Arbeitskraft sind, dauernd kontrollieren, ja diesen Prozess über die Hebel der Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei, Staat, Regierung, Staatsapparat, Wirtschaftsapparat, die sie proletarischdemokratisch kontrollieren, letzten Endes tatsächlich beherrschen.

Die einzige Initiative, die die Stalinbürokratie züchtet, ist die Initiative zur "Selbstkritik", im besten Falle zur Kritik an untergeordneten Organen, die die Stalinbürokratie auswählt, um auf sie als Sündensöcke vor den Massen die stalinbürokratische Schuld abzuwälzen.

Keine Planung vermag den Mangel der Masseninitiative zu ersetzen. Jede Planung wird durch den Mangel dieser Initiative in

ihrem Schwung, in ihren Ergebnissen geschwächt. Das Entfalten der Produktivkräfte, der Produktion wird dadurch so schwer gebremst, quantitativ und besonders qualitativ.

Die stalinbürokratische Methode unterbindet sogar die Initiative ihres eigenen bürokratischen Apparats. Geht etwas schief - und in der bürokratischen Diktatur muss immer Vieles, sehr Wichtiges schief gehen - so müssen so und so viele Sündenböcke dafür büssen, um die Massen von den schuldigen stalinbürokratischen Spitzen, insbesondere vom Hauptschuldigen, vom obersten Revolutionsparasiten, Väterchen Stalin, abzulenken. Die Angst, jederzeit als Sündenbock geopfert zu werden, lastet in Wirtschaft und Staat auf dem gesamten Verwaltungsapparat. Jedes Einzelne seiner Glieder ist in erster Linie darauf bedacht, möglichst keine Verantwortung zu tragen. Unter dem Stalinismus fehlt so selbst dem staatlichen und wirtschaftlichen Apparat die notwendige Initiative. Das führt zu so und so vielen schweren Mängeln, Gebrechen, schwächt die Wirksamkeit des Planens, hemmt die Höherentwicklung der Produktivkräfte, der Produktion.

#### 4.

Da die proletarischdemokratische Kontrolle fehlt, unterschlagen, betrügen, stehlen die Apparatschiki der Wirtschaft immer mehr. Die Produktion erleidet dadurch sehr grosse, wachsende Verluste. Um das zu vertuschen, geben die Veruntreuer, Betrüger, Diebe falsche Zahlen an. So führen sie die Planung irre, schädigen deren Wirksamkeit. Die "Kontrolle" durch die GPU trifft Einzelne, nicht das System.



5.

Das, was dennoch geleistet wird, wird geleistet durch ungeheures Ueberspannen, Ueberanstrengen der Massen, wird geleistet durch unsagbares Vergeuden der Naturreichtümer, der Produktivkräfte, vor allem der allerwichtigsten Produktivkraft, nämlich der menschlichen Arbeitskraft.

Im Verhältnis zu den Riesenanstrengungen der Massen bleiben die ~~akt~~ tatsächlich erzielten Produktionsergebnisse weit hinter dem zurück, was mit einem solchen Riesenaufwand an Arbeitskraft zu erzielen möglich wäre.

Jedenfalls haben die Massen nichts davon als - Opfer, Opfer und wiederum Opfer: Opfer an Magen, Opfer an Wohnung, Opfer an Gesundheit, Opfer an Geist, Opfer am Leben, Hekatomben von Opfern und wiederum Opfer, nichts als Opfer.

Die Arbeiter und armen Bauern, die Massen, drückt die Stalinbürokratie immer tiefer, an Lebenshaltung, Geist, Kultur. So gar der Analphabetismus, der unter Lenin schon bedeutend abzunehmen begann, nimmt wieder zu unter dem glorreichen Regime Väterchens Stalins...

Der Stalinbürokratie ~~gegen~~ geht es bei all dem sehr gut. Sie bewilligt sich hohe, immer höhere Gehälter und grosse Nebeneinkünfte aller Art, insbesondere in natura. Und sie bewilligt sich, ihren Frauen ~~immer~~ und Kindern immer grössere Privilegien. Die skrupellosesten Mitglieder der stalinbürokratischen Kaste schaffen sich noch bei weitem höheres Einkommen durch Veruntreuung, Betrug, Diebstahl an der Produktion.

Die stalinbürokratischen Emporkömmlinge und ihre Sippschaft, samt den ~~zu~~ gehörigen Barrieristen aller Art, leben ausgezeichnet

werden reich und legen wachsende Errarisse zurück. Aus den Skrupellosesten unter ihnen und ihren skrupellosesten Kompagnons außerhalb der Bürokratie beginnen die Elemente der neuen russischen Bourgeoisie herauszuwachsen.

Die besonders zurückgebliebenen Völker, wie Jakuten, Samojeden usw führt der Kreml bei all dem ein tüchtiges Stück vorwärts. Im Vergleich jedoch zum Schicksal der Hundertmillionenmasse der russischen Arbeiter und armen Bauern fällt das wenig in die Waagschale.

6.

Beseitigt die stalinsche "Planwirtschaft" wenigstens die Arbeitslosigkeit?

N e i n ! Die stalinbürokratischen "Wohltäter" sorgen für "Vollbeschäftigung" mit Hungerlohn und Zwangsarbeitslager. Deren nach Millionen zählenden Inassen sind vor allem - Arbeiter und arme Bauern. Denn die Arbeitsdisziplin in Stalinrussland wird aufrechterhalten durch Entzug des Lohns (Entlassung), Entzug der Nahrung (der Rationierung), Entzug der Wohnung, durch Deportation ins Zwangsarbeitslager...

Diese Art von Vollbeschäftigung war schon vor Jahrtausenden bekannt: im alten Ägypten unter den Pharaonen, als antike Sklaverei. Der Kreml reproduziert die Sklaverei des Altertums, nur hüllt er sie vorsorglich in den Mantel "kommunistischer" Schwindelphrasen. Grosse Teile der Massen werden so durch längere Zeit getäuscht - der Kommunismus selbst wird dadurch aufs Äusserste kompromittiert.

So ungeheuer der Schaden, den die Stalinverbrecher der jetzigen Generation der Arbeiter und armen Bauern Russlands, der jetzigen Menschheit zufügen, das stalin-

bürokratische Kompromittieren des Kommunismus gefährdet die ganze Zukunft der Arbeiterklasse, der Massen der Welt, der ganzen menschlichen Gesellschaft.

Denn in der Schicksalsfrage, vor der heute die Menschheit steht, diese Frage des Seins oder Nichtseins: vorwärts zum Kommunismus oder zurück in die Barbarei - zieht die Stalinbürokratie das Weltproletariat, die Weltmassen, die ganze Menschheit zurück zur Barbarei. Es vermindert ihre Schuld ganz und gar nicht, dass auch die SP, LP, Gewerkschafts-, Genossenschaftsbürokratie und vor allem die Bourgeoisie in diese Richtung wirken.-

Die stalinsche "Planwirtschaft" ist nicht sozialistische Planwirtschaft. Sie ist kein Weg zum Sozialismus, sondern im Gegenteil ein Weg, der zu einem neuen Kapitalismus in Russland führt, zu einem noch brutaleren, noch ausbeuterischeren, als der alte russische Kapitalismus war, nämlich zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die stalinsche "Planwirtschaft" ist heute noch nicht kapitalistische "Planwirtschaft", aber sie entwickelt sich in diese Richtung objektiv, das heisst durch die zwangsläufigen Auswirkungen der stalinschen Gesamtpolitik.

So schaut er aus, der stalinsche "Realismus"! So wirkt sich die "realistische" Stalinpolitik aus für die russischen Arbeiter und armen Bauern, für Weltproletariat, Weltmassen, Sozialismus, Kommunismus, für die Menschheit.-

Die "Volksdemokratien" stehen am Anfang des stalimbürokratischen Entartungsprozesses. Aber sie legen diese "Entwicklung" mit Hilfe des Kremls viel rascher zurück. Sie werden immer mehr zu einem Glied Stalinrusslands gemacht, bewegen sich in dieselbe

Richtung. Das gilt auch für die "volksdemo-  
kratische" Planwirtschaft".-

Tito-Jugoslavien lässt sich vom Kreml nicht verschlucken. So sucht es seine eigene "Planwirtschaft" zu betreiben, im Masstab dieses kleinen Landes. Schon dadurch allein ist diese "Planwirtschaft" verurteilt.

Das zurückgebliebene, kleinbäuerliche Jugoslavien zu einem modern kapitalisti-  
schen Land zu machen, das ist die objektive geschichtliche Rolle der jugoslawisch "national"kommunistischen" Titobürokratie. Um das zu können, um die Massen für die dazu nötigen ungeheuren Opfer einzuspannen, dazu dienen Titos "kommunistische" Phrasen und gewisse titoistische Reformen.

Tito verwendet das Rezept, das die Otto Bauer & Co unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg verwendet haben. Wurden die Massen "unruhig", so kam die SP, um sie zu "beruhigen", einzuschläfern, vom konsequenten Kampf gegen die Bourgeoisie abzuhalten, mit dieser oder jener Reform. So kamen sie auch mit dem "Betriebsrätegesetz".

So wie die Austro"marxisten" zwischen Sozialismus und "Realismus" (lies: Opportunismus) hin und her schwankten und dabei der Bourgeoisie in die Hände arbeiteten, so schwanken die Tito & Co zwischen Kommunismus und "Realismus" (lies: Opportunismus) hin und her; sie arbeiten in die Hände der sich neu herausbildenden jugoslawischen Bourgeoisie und der Weltbourgeoisie. Sie unterscheiden sich darin dem Wesen nach nicht von der Stalinbürokratie. Allerdings, ein wichtiger Unterschied besteht: dem Riesenausmass ihres Wirkungsbereiches entsprechend leistet die Stalinbürokratie im tatsächlichen Fördern des Weltkapitals, im tatsächlichen Schädigen von Weltproletariat, Weltsozialismus bei weitem mehr, als die im Verhältnis zu ihr winzige Titobürokratie.



Jugoslavischer "Sozialismus in einem Land"; die dem entsprechende jugoslawisch-nationalistische "Planwirtschaft"; Diktatur der Titobürokratie; keine politische Kontrolle der jugoslawischen Arbeiter und armen Bauern über das Titoregime, kein Arbeiter- und Kleinbauernrat; keine demokratische Kontrolle der Gewerkschaften, Genossenschaften durch die Arbeiter; keine Parteidemokratie in der Titopartei; durch lange Jahre haben die Tito & Co die Verrätereien, Verbrechen des Krenls gegen die Weltarbeiterklasse, Weltmassen, Weltsozialismus mitgemacht; nicht in einem einzigen Punkt haben sie bis heute offene, ehrliche Selbstkritik geübt! Im Gegenteil, sie haben öffentlich, grundsätzlich den proletarischen Internationalismus, jede proletarische Internationale verworfen. So schaut er aus, der Tito-Schwindel "kommunismus"!...All das muss man sich vor Augen halten, um seine "Planwirtschaft" richtig einzuschätzen. Man darf sich durch Titos "kommunistische", "massendemokratische" Phrasen nicht täuschen lassen; "Kommunistisch" reden, schreiben - antikommunistisch handeln: das hat Tito seinen Lehrer Stalin abgeguckt.

### III. Die stalinsche "Wirtschafts-demokratie".

In den kapitalistischen Ländern, wo und solange sie in der Bourgeoisregierung mit dabei sind, machen die Stalinparteien die sozialdemokratische, labouristische Politik der (kapitalistischen) Reformen mit, auch die Politik der "Wirtschaftsdemokratie". "Betriebsdemokratie", der Betriebsausschüsse, Betriebsräte, deren Zweck, Wirkung wir schon oben gezeigt.

In Stalinrussland selbst ist von proletarischer Demokratie in den Betrieben, in der Wirtschaft keine Spur. So auch in den "Volksdemokratien".

In Tito-Jugoslawien sucht die Titobüro-

kratie vorzutäuschen, als wolle sie beginnen, zur Betriebsdemokratie und dadurch zur proletarischen Demokratie überzugehen. Man muss weniger auf ihre Worte und mehr auf ihre Finger schauen. Wie sie die Dinge tatsächlich fingert, darauf kommt es an. Und sie fingert in jeder Frage so, dass das Heft in der Tat in den titobürokratischen Händen bleibt, aber ausschauen solles so, als ob die Arbeiter im Betrieb ernstlich zu bestimmen hätten... Dadurch sollen verstärkte Sympathien für das Titoregime in und ausserhalb Jugoslawiens in den Massen hervorgerufen werden. Durch diesen Trick soll die bürokratische Diktatur erst recht g e f e s t i g t werden.

#### IV. Die stalinsche "Sozialpolitik"

Auf dem Papier gibt es davon in Stalinien eine Menge. Die Stalinpresse betreibt damit schwunghafte Propaganda zum Täuschen der Massen ausserhalb Stalinrusslands. Die russischen Massen allerdings sind damit nicht zu täuschen: sie kennen den Hunbug, Betrug, Schwindel der stalinschen "Sozialpolitik" zur Genüge aus bitterster Erfahrung am eigenen Leib.

Nehmen wir die berühmten Kuranstalten, die die Kromlpresse anzupreisen nicht müde wird. Für die Stalinbürokraten, vor allem die hohen, gibt es in der Tat einige ausgezeichnete Kuranstalten. Arbeiter und arme Bauern werden hier nicht zugelassen, höchstens ~~ein~~ Einzelne als Aushängeschild oder gelegentlich einer Potemkinade., wie sie die Kromlherrn für Reisende aus dem Ausland organisieren.

Was den Arbeitern und armen Bauern an "Kuranstalten" geboten wird, ist nicht nur zahlenmässig sehr geringfügig, sondern überdies busserst schlecht; schmutzig, verwanzt, verlaust; die Kost ist mager und derart schlecht,



dass die paar Arbeiter und armen Bauern, die diese "Kur" mitmachen, noch magerer, hungriger, noch elender herauskommen, als sie hineingegangen.

Missachten aller zu Gunsten der Arbeiter und armen Bauern bestehenden (Papier-)Gesetze, selbst der verfassungsrechtlichen, insbesondere auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik, das ist eine Regel, von der die Stalinbürokratie niemals abweicht. Wie sie überhaupt eisern festhält an dem obersten Grundsatz ihrer Praxis: Missachtung der Gesundheit, des Lebens, überhaupt aller wesentlichen Interessen der Millionenmassen der Arbeiter und armen Bauern.

Die "Volksdemokratien" eifern dem stalin-russischen Muster nach.

Titos-Jugoslawien, bei seiner relativen Schwäche, muss vorsichtiger sein. Doch die Grundlinie auch der titoistischen Sozialpolitik ist der jugoslawische "Sozialismus in einem Land". Dabei müssen die Interessen der Arbeiter und armen Bauern zwangsläufig unter die Räder geraten, auch ihre sozialpolitischen Interessen. Je weiter die Titobürokratie auf ihrer national"kommunistischen" Grundlinie schreiten wird, desto sichtbarer wird es werden, dass sie sich auch in der Sozialpolitik vom National"Kommunismus" stalin-scher Färbung dem Wesen nach nicht unterscheidet.

C) Wohin also führt der Weg  
der SP, LP, KP?

Sie alle, samt ihrer Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie, führen zwar nicht in Worten, aber in der Tat zum

S T A A T S M O N O P O L I S T I S C H E N  
K A P I T A L I S M U S I

Ein wichtiger Unterschied besteht zwischen

ihnen, ein n a t i o n a l e r U n t e r s c h i e d.

SP, LP führen zu einem anglo-amerikanisch-imperialistisch ausgerichteten staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die KP führt zu einem russischnationalistisch ausgerichteten staatsmonopolistischen Kapitalismus, der zum Unterschied vom alten, feudalkapitalistischen Kapitalismus Russlands ein neuer russischer Imperialismus sein w i r d, gegründet auf modernsten, aufs Äusserste zentralisierten, konzentrierten Monopolkapitalismus.

Heute ist davon in Russland noch keine Rede. Nur Monopolkapitalismus ist moderner Imperialismus! Die Stalinbürokratie raubt, plündert, stiehlt usw. im Riesensmassstab - das stimmt. Aber sie ist nicht monopolkapitalistisch, sondern ist ein ungetreuer Verwalter, ein riesiger politischer Parasit am Leib des durch sie entarteten und immer mehr entartenden Arbeiterstaates. Dass sie dieses ihr politische Schmarotzertum in wachsende ökonomische Vorteile für sich ummünzt, auch das stimmt. So ermöglicht sie, züchtet sie - gegen ihre Absicht, aber tatsächlich - neue kapitalistische Elemente, aus denen sich die neue russische Bourgeoisie herausbildet, die zum Ziel hat die Aufrichtung des russischen staatsmonopolistischen Kapitalismus und dieses Ziel verwirklichen wird, sofern nicht die Weltbourgeoisie diese Pläne durchkreuzt - sofern nicht durch die Rechnung Beider einen dicken Strich machen werden die russischen, die Weltmassen.

Alles Gerede vom "Imperialismus" des Kroml, alles Gerede heute vom stalinrussischen "Imperialismus" ist nicht nur theoretisch grundfalsch, sondern praktisch di-

rekter Handlangerdienst für den wirklichen Imperialismus, den Imperialismus der Monopolbourgeoisie, die darauf ausgeht, den entarteten Arbeiterstaat zu liquidieren, den Kapitalismus in Russland wieder herzustellen, und ihrem Kommando unterzuordnen, einzuordnen.

In Jedem Land führen SP, LP, KP samt Gewerkschaftsbürokratie, Genossenschaftsbürokratie zur Enttäuschung der Arbeitermassen, deren Kampfkraft sie immer wieder untergraben; zur Enttäuschung der armen Mittelmassen, zu deren Abwenden von der Arbeiterklasse weg zur Bourgeoisie, die sie unter Anleitung des monopolistischen Flügels gegen das Proletariat zu wenden zu beginnt. In jedem Land führen sie so zum Wiederaufstieg der kapitalistischen Gegenrevolution, vielfach sogar faschistischen Charakters. In jedem Land stärken sie die Bourgeoisie, schwächen sie das Proletariat. In jedem Land arbeiten sie den Imperialisten, den imperialistischen Kriegstreibern, dem imperialistischen Krieg gegen die SU, dem Krieg letzten Endes gegen das Weltproletariat, gegen den Weltsozialismus in die Hände, dem Krieg, der dem kapitalistischen Ausbeutungs-, Unterdrückungssystem auf Kosten der Millionenmassen das Leben weiter verlängern soll.

Und so wirken sie auch in Weltmasstab. Sie stärken die Weltbourgeoisie, sie schwächen das Weltproletariat. Sie wirken tatsächlich gegen den Weltsozialismus, für den Weltkapitalismus.

#### D) Was tun?

Was muss das Ziel des proletarischen Kampfes sein?

1.

Die Arbeiterklasse (die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten) ist die wirtschaftlich ausschlaggebende Kraft der Gesellschaft; ihre Arbeit erzeugt in immer grösserer Masse all das, wovon die menschliche Gesellschaft lebt, aufsteigt.

Zusammen mit den von ihrer Arbeit lebenden, nicht ausbeutenden Massen der armen Bauern und Kleinbürger bildet die Arbeiterklasse die gewaltige Mehrheit des Volkes.

Die Arbeiterklasse und die armen Mittelmassen müssen sich zur politisch ausschlaggebenden Kraft der Gesellschaft machen, sie müssen sich zur staatlich entscheidenden Macht aufrichten, um die Wirtschaft, Gesellschaft nach ihren materiellen, geistigen, kulturellen Interessen unzuorganisieren; so, dass die Früchte ihrer gemeinsamen Anstrengungen wieder ihnen gemeinsam zugute kommen.

Sie müssen den Staat an Haupt und Gliedern nach ihren Interessen umbauen. In allen seinen Teilen müssen sie den so ungebildeten Staat unter ihrer ständigen, wirksamen proletarischdemokratischen Kontrolle halten. Regierung und Staatsapparat müssen sachverständige, treue D i e n e r der niemanden ausbeutenden Werktätigen sein und bleiben.

Jeder Abgeordnete des proletarisch-demokratischen Parlamentes muss jederzeit abberufbar sein durch die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, die ihn gewählt. Das Parlament der proletarischen Demokratie wählt die Regierung, kann sie jederzeit

absetzen und durch eine neue Regierung seines Vertrauens ersetzen. Es kann jederzeit die Absetzung bestimmter Beamter des Staates, des öffentlichen Dienstes überhaupt, der Wirtschaft inbegriffen, verlangen, zu denen es das Vertrauen verloren hat; die Regierung muss dem entsprechen, widrigenfalls sie durch eine andre Regierung ersetzt wird.

Als nächstes Etappenziel zu diesem Hauptziel muss die Arbeiterklasse in Bündnis mit den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt erkämpfen die Aufrichtung der von Kapitalisten und kapitalistischen Vertretern freien Regierung der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, kurz: die Arbeiter- und Kleinbauernregierung.

## 2.

a) Den sozialistischen Aufbau, die sozialistische Planwirtschaft kann die Arbeiterklasse im Bund mit den armen Mittelmassen erst beginnen, nachdem sie die Machtfrage im proletarischdemokratischen Sinn gelöst hat, nachdem sie den proletarischdemokratischen Staat aufgerichtet hat. Der Kampf bis dahin dient der Vorbereitung dafür.

Stets müssen sie kämpfen für ihre dringenden Tagesinteressen. Diesen ihren unmittelbaren Kampf müssen sie stets so führen, dass sie zugleich ihren vorbereitenden Kampf für die Aufrichtung des proletarischdemokratischen Staates, der proletarischdemokratischen Wirtschaft, für den Weltsozialismus vorwärts führen, mit proletarischer Klassenkritik, Klassenpropaganda, Klassenorganisation.

Proletarischdemokratische Kontrolle  
jedes kapitalistischen Betriebs! Die  
Belegschaft muss frei ihren Betriebsrat  
wählen, muss ihn jederzeit absetzen,  
ersetzen können. Dem Betriebsrat muss  
das Recht erkämpft werden der Buchein-  
sicht; er übt sie aus unter Heranziehung  
von Sachverständigen seines Vertrauens,  
auf Kosten des Unternehmens.

Die Betriebsräte müssen zu einer Be-  
triebsräteorganisation zusammengefasst  
werden. Die Betriebsräte wählen frei die  
von ihnen jederzeit abberufbaren, ersetz-  
baren Betriebsratsdelegierten für den  
Betriebsrätekongress, der aus seiner  
Mitte den ihm verantwortlichen, jeder-  
zeit absetzbaren, ersetzbaren Zentral-  
ausschuss der Betriebsräte wählt. Die-  
ser organisiert unter Heranziehung von  
Sachverständigen seines Vertrauens, auf  
Kosten der Unternehmungen, die Kontrolle  
der Gesamtproduktion, Gesamtwirtschaft.

Kampf für die Betriebsräteorganisati-  
on, den Betriebsrätekongress, den Zen-  
tralausschuss der Betriebsräte E u r o -  
p a s s !

Kampf für die Vereinigten proletarisch-  
demokratischen Republiken E u r o p a s  
mit einem gemeinsamen proletarischdemo-  
kratischen e u r o p ä i s c h e n Par-  
lament und der von ihm zu wählenden und  
zu kontrollierenden proletarischdemo-  
kratischen E u r o p ä i s c h e n Re-  
gierung.

Als Etappe dazu: Kampf für die E u -  
r o p ä i s c h e Regierung der Arbei-  
ter, Angestellten, niedern Beamten, ar-  
men Bauern, Kleinbürger, frei von Ka-  
pitalisten und kapitalistischen Vertre-



tern.

Nur so kann ein sowohl von anglo-amerikanisch-imperialistischer Unterdrückung, Ausbeutung, aber auch von stalin-russischer Knechtung, Ausplünderung freie, wirklich über sich in voller Freiheit verfügendes gemeintes Europa geschaffen werden, die europäische Einheit in Freiheit!

Dasselbe in jedem Kontinent, oder Subkontinent, schliesslich im Weltmassstab.-

b) Kampf für die Verstaatlichung der entscheidenden kapitalistischen Produktionsmittel: für ihre Verstaatlichung durch den proletarischdemokratischen Staat!

Für die Verstaatlichung von Produktionsmittel durch den Bourgeoisstaat nur in Verbindung mit einer ehrlichen, ernstesten, wirksamen proletarischdemokratischen Kontrolle, durch die von der Belegschaft frei gewählten, absetzbaren, ersetzbaren Betriebsräte, verbunden mit dem Recht zur Bucheinsicht durch die Betriebsräte, unter Heranziehung von Sachverständigen ihres Vertrauens, auf Kosten der Unternehmungen.

c) Kampf für höheren Reallohn, für 40-Stundenwoche ohne Lohnherabsetzung, gegen die Arbeitslosigkeit, für ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen auf Kosten der Bourgeoisie.

Kampf für Preiskontrolle durch von den Arbeitern, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürgern und

ihren Hausfrauen gewählte Preiskontrollkommissionen, deren Mitglieder sie jederzeit abberufen und ersetzen können.

3.

Kampf für den Frieden, gegen den imperialistischen Krieg!

Ausnützung der durch jeden imperialistischen Krieg geschaffenen gesellschaftlichen Erschütterung für den proletarischdemokratischen Kampf!

In Unterordnung unter den Kampf zum Sturz der Weltbourgeoisie, Kampf zum Sturz des Stalinregimes!

Kampf für das Bündnis auch mit den russischen Arbeitern und armen Bauern; Kampf mit ihnen zusammen für die proletarischdemokratische Reform des durch die Stalinbürokratie entarteten Sowjetstaates.

II.

Welchen W e g müssen die Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger gehen, um das zu erreichen, zu verwirklichen?

1.

Sie müssen kämpfen unter Führung der Arbeiterklasse, das heisst: die Grundinteressen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten müssen die Grundlinie bilden ihres gesamten Kampfes. Alle, die diesen Kampf mitkämpfen, müssen ihre Interessen den proletarischen

Klasseninteressen unterordnen, einordnen, weil n u r s o die armen Bauern, Kleinbürger und die kolonialen Volksmassen den Kampf gegen ihre Unterdrücker, Ausbeuter zum Sieg führen, n u r s o sich aus Not, Knechtschaft, Ausbeutung befreien können.

2.

Nie und nimmer kann sich die Arbeiterklasse samt den Mittelmassen von der kapitalistischen Sklaverei befreien in Zusammenarbeit, im Bündnis mit der kapitalistischen Ausbeuterklasse oder mit irgendeinem Teil derselben. Wer diese Zusammenarbeit will, der bleibe bei den Verratsparteien SP, LP, KP.

Ein für allemal Schluss mit jedem wie immer gearteten Bündnis mit der Bourgeoisie, mit Teilen derselben!  
Ein für allemal Schluss mit jeder Politik, die dieses verräterische Bündnis anstrebt!

Konsequenter Kampf gegen die Bourgeoisie und j e d e n ihrer Teile!

3.

Nie und nimmer können sie sich aus dem Joch, aus der Ausbeutung der kapitalistischen Klasse befreien durch nationalistische Politik, mag diese englisch, amerikanisch, russisch usw. deutsch oder österreichisch nationalistisch sein. Jede national ausgerichtete Politik s p a l t e t, zersplittert die Weltarbeiterklasse,

ihren Kampf.

Nur durch gemeinsamen Kampf der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten aller Länder, in Bündnis mit den armen Mittelmassen, in Bündnis mit den national unterdrückten Volksmassen, insbesondere der Kolonialländer, vermögen sie alle sich zu befreien!

Diese internationale Kampfeinheit können sie verwirklichen nur, wenn sie konsequent auf der Grundlinie der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten aller Länder der Erde dauernd gemeinsamen Interessen kämpfen, also nur durch Kampf konsequent stets auf der proletarischen Klassenlinie. Wer weiter für den amerikanischen, englischen Imperialismus kämpfen will, der bleibe bei SP, LP. Wer weiter für den stalinrus-sischen Chauvinismus kämpfen will, bleibe bei der KP.

Kampf gegen die Bourgeoisie konsequent auf der Grundlinie des proletarischen Internationalismus!

Die nationalen Sonderheiten jedes Landes, die Sonderinteressen der Ausgebeuteten jedes Landes, wie überhaupt die Sonderinteressen jedes Teiles der ausgebeuteten Millionenmassen müssen immer berücksichtigt werden - aber stets in Unterordnung unter die gemeinsamen Grundinteressen der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten aller Länder der ganzen Welt!

4.

Die Arbeiterklasse muss ihren Kampf

ausnahmslos bewegen auf der Linie der proletarischen Klassengrundsätze, die ja nur der geistige Ausdruck sind der dauernd gemeinsamen Interessen aller, die zu ihr gehören.

Zugleich muss sie die nach Ort und Zeit wechselnden Kampfbedingungen stets berücksichtigen, immer im Rahmen ihrer dauernd gemeinsamen Kampfbedingungen, das ist in Unterordnung unter die proletarischen Klasseninteressen, Klassenprinzipien.

Nur diese Taktik, das ist nur die proletarische Klassentaktik, verwirklicht durch die örtlich, zeitlich wechselnden Kampfbedingungen hindurch die proletarischen Klasseninteressen und die wahren Interessen der mit ihnen verbündeten kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Massen und der kolonialen Volksmassen.

Dagegen die wechselnden Kampfbedingungen "realistisch" über die dauernd gemeinsamen Kampfbedingungen aller Proletarier stellen, das ist Opportunismus, Verrat am Freiheitskampf der ausgebauteten werktätigen Massen. Wer den Opportunismus, diesen verräterischen "Realismus" will, der bleibe bei SP, LP, KP.

Kampf für die proletarischen Klassenziele, für die Befreiung letzten Endes der ganzen Menschheit vom Kapitalismus, mit realistischer, konsequent proletarischer Klassentaktik !

Kampf für die proletarische Einheitsfront! Sie kann verwirklicht werden - trotz Verschiedenheit in der grundsätzlichen Auffassung, Haltung - durch Kampf für gemeinsame nächste Tagesinteressen g e g e n die Bourgeoisie. Die einheitliche Auffassung, der einheitliche Kampfwille zum Kampf wenigstens für bestimmte dringende gemeinsame Tagesinteressen muss vor allem in den breiten Massen geweckt werden. Das ist die Grundbedingung, um die, den proletarischen Klasseninteressen widerstrebenden Kräfte, wie SP, LP, KP, Gewerkschafts-, Genossenschaftsbürokratie, zum Kampf in Einheitsfront gegen die Bourgeoisie zu bringen, wenigstens für wichtige proletarische Klasseninteressen.

Kampf für die proletarische Einheit! Sie kann verwirklicht werden nur durch konsequenten Kampf auf der proletarischen Klassenlinie.

Die Losung der Arbeitereinheitsfront wird von SP, LP, KP missbraucht. Sie benützen sie als Hebel, um möglichst grosse Massen dem Kampf gegen die Bourgeoisie zu entziehen und sie zum Kampf für die Koalition zu mobilisieren mit der Bourgeoisie oder Teilen derselben. Die KP z.B. kleidet das in die verräterische Formel "Einheitsfront der (bürgerlich)demokratischen Kräfte".

Auch die Losung der Arbeitereinheit wird von SP, LP, KP missbraucht. Sie meinen damit nicht die Kampfeinheit gegen die Bourgeoisie, sondern eine



"Einheit", zu ihrem, letzten Endes der Bourgeoisie dienenden Kampf.

6.

Kampf für die Demokratisierung der Gewerkschaften. Sie müssen wieder zu Kampforganen werden gegen die Ausbeuter. Auf den beschliessenden, wählenden Gewerkschaftstagen dürfen Gewerkschafts-angestellte und die Mitglieder der Gewerkschaftsexekutive nur beratendes Recht haben, aber kein beschliessendes Recht und kein aktives Wahlrecht. Jede Gewerkschaftsexekutive muss zumindest zu zwei Dritteln aus Betriebsarbeitern bestehen. Die Funktion des organisatorischen Zentralsekretärs darf von einer Person nur ein Jahr ausgeübt werden und dann erst wieder nach Ablauf von drei Jahren usw. Der Höchstgehalt des Gewerkschaftsangestellten darf den Lohn eines guten Arbeiters nicht übersteigen. Die gewählten Funktionäre müssen durch ihre Wähler jederzeit abgesetzt und ersetzt werden können. Jeder durch eine Gewerkschaftsexekutive eingesetzter Gewerkschaftsfunktionär, Gewerkschafts-angestellter muss abgesetzt, ersetzt werden, wenn die Mehrheit der Gewerkschafts-mitglieder es verlangt, denen das Wahlrecht für diese Gewerkschaftsexekutive zusteht. Wenn ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder es verlangt, muss innerhalb vier Wochen eine ausserordentliche Gewerkschaftstagung zusammentreten mit der Tagesordnung: a) Bericht über die Tätigkeit und die gewerkschaftliche Lage, b) Neuwahl der Gewerkschaftsexekutive.

Sobald die Gewerkschaften demokratisiert sind, arbeiten die Betriebsrä-

te im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und ihren Organen.

7 .

Zum Leiten, Organisieren ihres ganzen Kampfes bedürfen die Massen unumgänglich der proletarischen Klassenpartei, das ist der Proletarischdemokratischen Arbeiterpartei. Diese besteht nicht. Sie muss geschaffen werden.

SP, LP, KP sind zu unheilbaren Verratsparteien entartet. Sie sind Parteien nicht der Arbeiterklasse, sondern Parteien der entarteten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, die sie als Instrumente für ihre selbstsüchtigen Interessen politisch ausschnarotzt und eben dadurch der Bourgeoisie in die Hände arbeitet.

Jeder linksoppositionelle Kampf für die Gesundung der Judasparteien vergeudet Zeit und Kraft. Dennoch müssen die Bemühungen linksoppositioneller Elemente, Strömungen, Gruppen gefördert werden, verknüpft mit kameradschaftlicher Kritik, um es ihnen zu erleichtern, den Weg zur Proletarischdemokratischen Partei zu finden.

Wer aus Enttäuschung über SP, LP, KP sich vom proletarischen Kampf zurückzieht, schadet der Arbeitersache.

Denjenigen, die die Notwendigkeit erkennen, die Proletarischdemokratische Arbeiterpartei zu schaffen, aber

vor dieser Aufgabe zurückschrecken, weil die Zahl derer heute noch klein ist, die das bereits erkannt haben und dafür kämpfen, denen sagen wir: Die ersten Schritte sind die schwersten. Doch muss man damit beginnen, anders geht es nicht. Wer abseits steht, hilft dem Feind! Die kapitalistische Offensive klopft Euch ununterbrochen auf den Magen, auf den Kopf. Setzt Ihr Euch nicht zur Wehr, werdet Ihr immer, immer tiefer gedrückt. Um sich erfolgreich zu wehren, muss man dem Gesamtkampf die Gesamtführung schaffen: die Proletarischdemokratische Arbeiterpartei.

Die Arbeiter haben nach so viel Enttäuschungen, Verrätereien das Recht, misstrauisch zu sein. Deshalb dürfen sie jedoch nicht zurückschrecken, das zu tun, was unumgänglich ist: die Proletarischdemokratische Arbeiterpartei zu schaffen, aufzubauen, auszubauen. Wohl aber müssen sie die bitteren, so schwer bezahlten Lehren der Vergangenheit befolgen beim Aufbau dieser Partei, damit sich nicht zum drittenmal wiederhole Entartung, Verbürokratisierung, Verrat. Die Lehren der Vergangenheit verlangen:

- a) Ehrliche Parteidemokratie.
- b) Die Parteimitglieder müssen in die Lage versetzt werden, von ihren proletarischdemokratischen Rechten den proletarisch klassenmässigen, taktisch richtigen Gebrauch zu machen. Die Pro-

letarischdemokratische Arbeiterpartei muss die dauernde Grundaufgabe erfüllen, ausnahmslos jedes Parteimitglied nicht nur in den proletarischen Grundsätzen, sondern auch in der proletarischen Strategie und Taktik zu klären, systematisch zu erziehen.

- c) Parteiangestellte dürfen auf den beschliessenden, wählenden Parteitagungen nur beratendes Recht haben. So auch die Mitglieder des betreffenden leitenden Parteikomitees.
- d) Der Gehalt eines Parteiangestellten darf den Lohn eines guten Arbeiters nicht übersteigen. Diese Regel muss auch für alle Mandatäre der Partei und für alle Angestellten der Arbeiterbewegung überhaupt gelten.
- e) Gewählte Parteifunktionäre müssen jederzeit durch ihre Wähler abge-

setzt, ersetzt werden können.

- f) Die eingesetzten Parteifunktionäre, Parteiangestellten müssen von dem leitenden Parteikomitee, das sie eingesetzt hat, abgesetzt, ersetzt werden, wenn die Mehrheit der Parteimitglieder es verlangt, denen das Recht der Wahl dieses leitenden Parteikomitees zu- steht.
- h) Wenn ein Viertel der Parteimitglieder es verlangt, muss innerhalb vier Wochen eine ausserordentliche Tagung zusammentreten mit der Tagesordnung:  
1. Bericht über die Tätigkeit und die Lage, 2. Neuwahl der Leitung.
- i) Die Funktion des Generalsekretärs oder des organisatorischen Zentralsekretärs der Partei darf eine Person nur ein Jahr lang ausüben und dann erst nach Ablauf dreier Jahre und so weiter.